

FIW-Research Reports 2018 N° 01
Oktober 2018

Zusammenfassung

„Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan und seine Bedeutung für die österreichische Wirtschaft“

Julia Grübler, Oliver Reiter und Robert Stehrer

Seit Anfang des Jahres 2017 vollzieht sich in der internationalen Handelspolitik ein Paradigmenwechsel. Während protektionistische Agenden an Fahrt gewinnen, unterzeichneten die EU und Japan ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) am 17. Juli 2018. Es ist das ambitionierteste Abkommen der EU mit einem asiatischen Staat. Die Studie schätzt die Effekte des EU-Japan-EPA für Österreich mittels qualitativer Analysen und einem strukturellen Gravitationsmodell ab. Für Österreich wurde ein kleiner aber positiver Effekt von rund 0.01% des BIP errechnet. Es wird erwartet, dass vor allem der Fertigungsbereich in Mittel- und High-Tech-Sektoren von diesem Abkommen profitieren werden.

Keywords: Economic partnership, Free Trade Agreement, EPA, FTA, EU, Japan, South Korea, tariffs, non-tariff measures, structural Gravity model.

JEL-codes: D58, F13, O24, Q17.

Eine Studie im Auftrag von:

 Bundesministerium
Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

The Vienna Institute for International Economic Studies
Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Zusammenfassung

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan und seine Bedeutung für die österreichische Wirtschaft

Julia Grübler, Oliver Reiter und Robert Stehrer

Im Auftrag von:



Bundesministerium
Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

The Vienna Institute for International Economic Studies
Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan wurde am Dienstag, 17. Juli 2018, in Tokyo unterzeichnet. Die Verhandlungen des umfassenden Handelsabkommens starteten im Jahr 2013 und gewannen durch die protektionistische Agenda der USA in der jüngeren Vergangenheit an Schwung. Ende 2017 wurde das Abkommen finalisiert und im April an den Rat der Europäischen Union zur Verabschiedung übermittelt. Im Anschluss muss auch das Europäische Parlament dem Abkommen noch zustimmen.

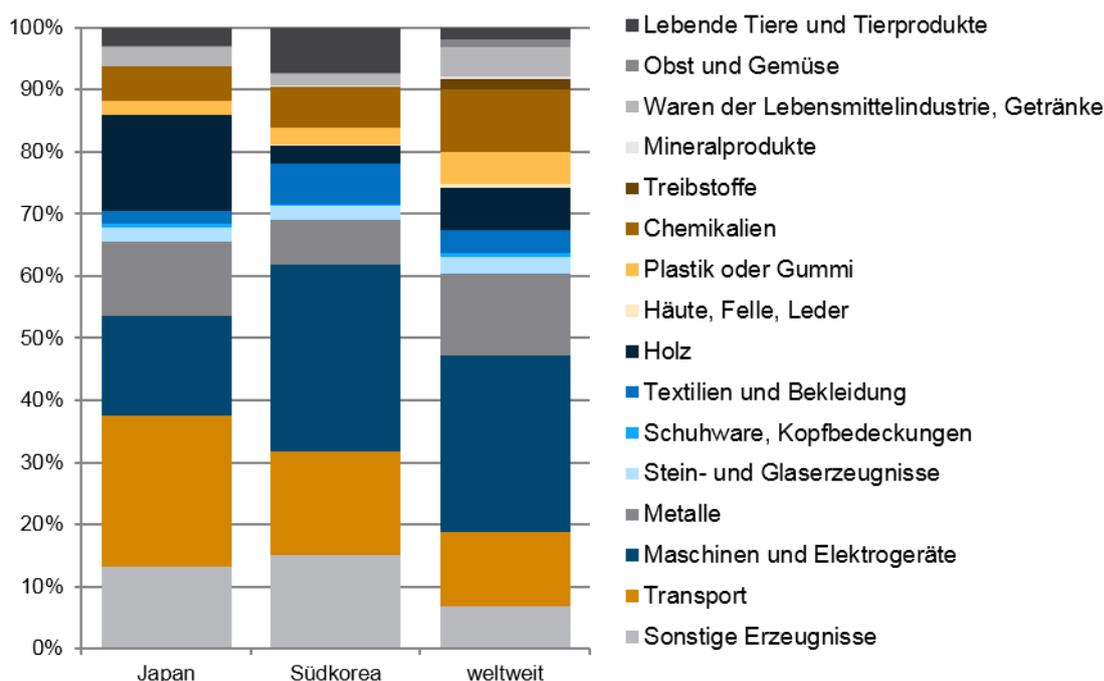
Das Abkommen mit Japan ist das mit Abstand ambitionierteste mit einem asiatischen Staat.

Bereits das in 15 Kapitel gegliederte Freihandelsabkommen mit Südkorea aus dem Jahr 2011 zählt zu den umfassendsten Abkommen der EU. Das 23 Kapitel umspannende Abkommen mit Japan befasst sich zusätzlich mit drei Themen von besonderem Interesse für Österreich: (a) Corporate Governance, um Investoren zu schützen und Investitionen zu fördern, (b) Maßnahmen, um den Markteintritt für kleine und mittelgroße Unternehmen zu fördern, und (c) Kooperation im Bereich Landwirtschaft.

Für die EU ist Japan der zweitgrößte Handelspartner in Asien nach China. Der Güterhandel mit Japan überstieg im Jahr 2017 auf der Export- als auch auf der Importseite EUR 60 Milliarden. Insbesondere seit dem Jahr 2011 sind jedoch Importe rückläufig, was zu einer erheblichen Reduktion der negativen Handelsbilanz beitrug. Dieser Trend ist auch für Österreichs Handel mit Japan zu beobachten.

Maschinen und elektronische Geräte, Fahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse und Chemikalien dominieren die Export- und Importflüsse zwischen der EU und Japan. Im Produktmix österreichischer Exporte nach Japan spielen auch Holz und Holzwaren eine beachtliche Rolle. Auffällig ist zudem, dass der Anteil österreichischer Exporte von Maschinen und elektronischen Geräten an den Gesamtexporten nach Japan wesentlich geringer ausfällt als für Exporte nach Kanada oder Südkorea, oder auch gemessen an den Gesamtexporten (Abbildung 1).

Abbildung 1 / Produktkomposition österreichischer Exporte nach Japan im Jahr 2016

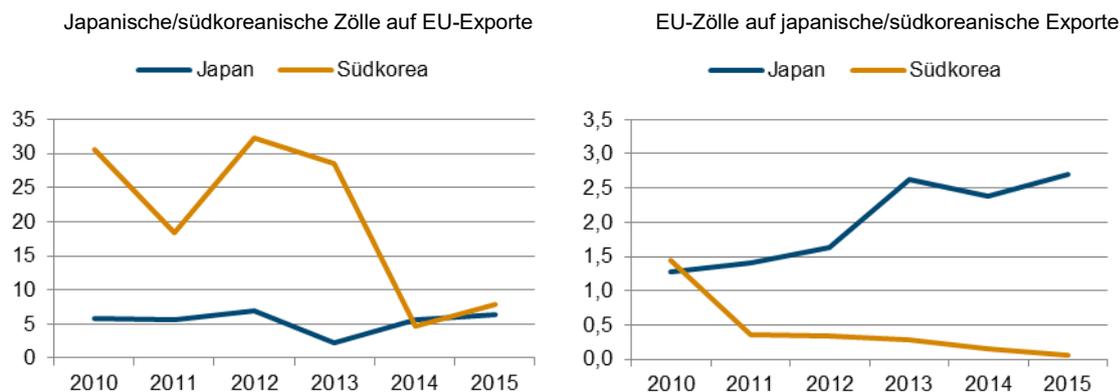


Quelle: UN Comtrade; basierend auf Statistik Austria, wiiv-Berechnungen.

Eine Gegenüberstellung der Produktzusammensetzung österreichischer Exporte nach Südkorea seit der provisorischen Anwendung des Freihandelsabkommens im Jahr 2011 deutet auf Potenziale für eine Diversifizierung der Handelsbeziehungen hin. Sowohl die Sektoren Textilien und Bekleidung, Holzprodukte, Stein- und Glaswaren als auch Chemikalien und Lebensmittelprodukte konnten an Anteilen gewinnen. Ein leichter Diversifizierungstrend ist im selben Zeitraum auch für Japan ersichtlich, allerdings wesentlich weniger ausgeprägt. Für chemische Erzeugnisse und Holzwaren sind die Trends für Exporte nach Japan sogar gegensätzlich zu jenen nach Südkorea.

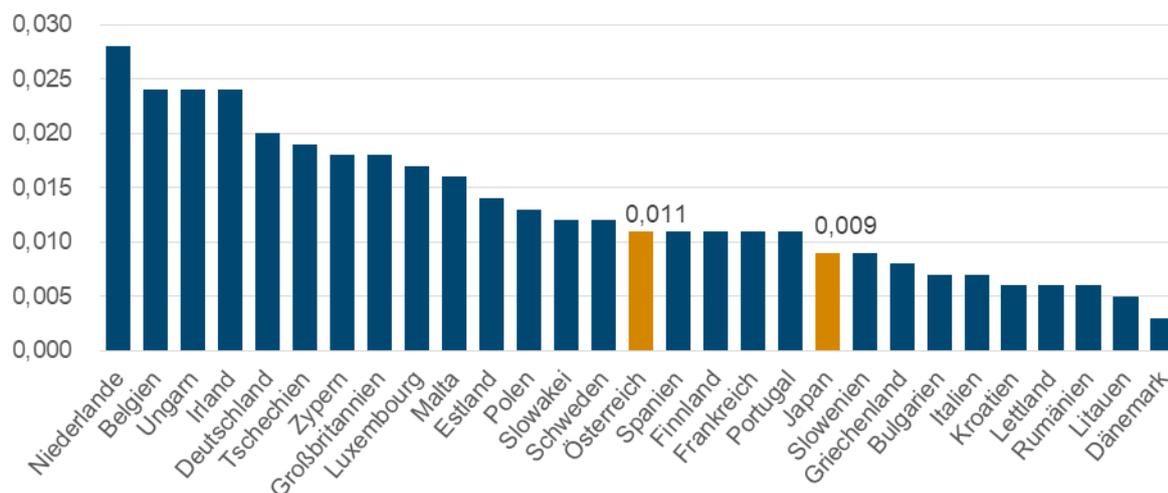
Zur Abschätzung der Effekte von Handelsabkommen werden drei wesentliche Komponenten herangezogen:

- **Netzwerk bestehender Handelsabkommen:** Die EU (wie auch das für Vergleichszwecke herangezogene Südkorea) verfügt über ein dichtes Netz von internationalen Handelsabkommen, das sich über alle Kontinente erstreckt. Datenbanken, die zusätzlich Auskunft über die Tiefe von Freihandelsabkommen geben, zeigen auf, dass die jüngsten Abkommen der EU auch zu den umfangreichsten gehören. Neben Zollreduzierungen decken diese auch nicht-tarifäre Maßnahmen wie technische Handelsbarrieren (z.B. Verpackungs- und Kennzeichnungspflichten), gesundheits- und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (z.B. Limits für Pestizidrückstände, Produktprüfverfahren) sowie Schutz- und Antidumpingzölle ab. Japans Abkommen konzentrieren sich vornehmlich auf Süd- und Südostasien sowie Ozeanien.
- **Zollreduzierungen:** Das Durchschnittsniveau japanischer Zölle auf EU-Exporte entspricht in etwa dem Niveau der südkoreanischen Zölle *nach* der Implementierung des Freihandelsabkommens (Abbildung 2). Es sind daher wesentlich niedrigere Effekte von Zollreduktionen durch das Partnerschaftsabkommen mit Japan zu erwarten als für das Freihandelsabkommen mit Südkorea. Das größte Potenzial besteht weiterhin bei Agrarprodukten. Als bedeutende Verhandlungserfolge der EU können die Zollreduzierungen auf Schweinefleisch wie auch auf Wein genannt werden, für welche Zölle in Japan gänzlich eliminiert werden sollen.
- **Nicht-tarifäre Maßnahmen:** Dem Handel mit Fahrzeugen und Komponenten wurde sowohl bei den Verhandlungen mit Südkorea als auch mit Japan viel Aufmerksamkeit geschenkt. Während jedoch der Fokus beim Freihandelsabkommen mit Südkorea auf Zollreduzierungen gelegt wurde, rücken nicht-tarifäre Maßnahmen für das Abkommen mit Japan in den Vordergrund. Die Einigung auf internationale Standards für Produktsicherheit und Umweltschutz ermöglicht die Abschaffung von doppelten Testverfahren und stärkt zudem die bilaterale Kooperation zwischen der EU und Japan in Gremien für internationale Standards. Gleichzeitig ist ein Anstieg an bilateralen nicht-tarifären Maßnahmen zu erwarten, da schrittweise erfolgende Zollreduzierungen erst durch die Implementierung von nicht-tarifären Maßnahmen ermöglicht werden. Insbesondere im Agrarbereich greift man auf Zollkontingente (tariff-rate quotas) und Schutzzollregulierungen zurück, um die zu liberalisierende Industrie vor zu starken Schocks zu bewahren. In diesem Sinne dienen diese Maßnahmen – trotz ihrer handelseinschränkenden Natur – der Handelsförderung.

Abbildung 2 / Entwicklung bilateraler handelsgewichteter Zölle seit 2010

Quelle: UNCTAD TRAINS; wiiw-Berechnungen.

Diese Informationen wurden für ein strukturelles Gravitationsmodell so weit wie möglich quantifiziert, um die Effekte des EU-Japan-Abkommens auf das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) abschätzen zu können. Für Österreich wurde ein positiver, wenn auch kleiner Effekt im Umfang von 0,011% des BIP und für Japan im Ausmaß von 0,009% des BIP errechnet, der sich in einem Zeitraum von 10-20 Jahren ergibt. Die höchsten Gewinne werden für Industrieprodukte erwartet und hier insbesondere für Mittel- und High-Tech-Sektoren.

Abbildung 3 / Effekte des EU-Japan-Abkommens auf das Bruttoinlandsprodukt

Quelle: wiiw-Berechnungen.

Der Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch politisches Signal, das über die Ablehnung von Protektionismus hinausgeht, insbesondere durch das beidseitige Bekenntnis zu Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), zu Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), sowie zum Pariser Klimaabkommen und der Wertschätzung nachhaltiger Entwicklung.